

stische Partei der Tschechoslowakei; Kommunistische Partei der Türkei; Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei; Kommunistische Partei Uruguays; Kommunistische Partei der USA; Kommunistische Partei Venezuelas; Sozialistische Einheitspartei Westberlins; Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes Zyperns sowie eine weitere Partei, deren Namen auf ihre Bitte hin nicht genannt wird.

Im Ergebnis einer kameradschaftlichen Diskussion äußerten die Vertreter der Bruderparteien ihre Ansichten über die Arbeit der Zeitschrift. Die Teilnehmer der Beratung schätzten deren Tätigkeit positiv ein. Die Zeitschrift hat aktuelle Probleme der Gegenwart ausgearbeitet, eine tiefeschürfende Erörterung von Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie durch die Bruderparteien, den Erfahrungsaustausch über den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, über den revolutionären Kampf gefördert.

Die Beratung stellte die wachsende Bedeutung der Zeitschrift als kollektives Organ für Theorie und Information der kommunistischen und Arbeiterparteien fest und gab Empfehlungen für die Verbesserung ihrer Tätigkeit. Nach Ansicht der Beratungsteilnehmer sind alle Voraussetzungen vorhanden für die Erhöhung des Beitrags der Zeitschrift für den Kampf der Kommunisten gegen den Hauptfeind der Völker, den Imperialismus, dessen Hauptstütze der amerikanische Imperialismus ist, für Frieden, Demokratie, nationale und soziale Befreiung, für Sozialismus und Kommunismus, für den Zusammenschluß der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus, in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Normen der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien.

Die Beratung rief die Bruderparteien auf, der Arbeit der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ und ihrer Verbreitung noch mehr Aufmerksamkeit zu **widmen**.

Die Beratung beschloß eine Erklärung, in der sie ihrer Solidarität mit den chilenischen Demokraten und Patrioten Ausdruck gab und die sofortige Freilassung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chiles, des Senators Luis Corvalán, die Einstellung des blutigen Terrors der faschistischen Junta, die Freilassung aller in Gefängnissen und Konzentrationslagern schmachtenden Demokraten und Patrioten Chiles forderte.

Die Beratungsteilnehmer erhoben ebenfalls Protest gegen die Verfolgungen von Kommunisten, von Kämpfern für den Fortschritt und soziale Gerechtigkeit in anderen Ländern Lateinamerikas, in Ländern Asiens, Afrikas und Europas und beschlossen eine entsprechende Erklärung.

Die Beratung verlief in einer Atmosphäre der brüderlichen Zusammenarbeit.

Nach Abschluß der Arbeit der Beratung fand eine Festsitzung anläßlich des 15. Jahrestages der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ statt.

Prag, den 10. Januar 1974